

Recht, Verfassung und Migration

Wir widmen uns selbstverständlich auch in Krisenzeiten eingehend und konstruktiv den Bereichen Recht, Verfassung und Migration, um unser Land zukunftssicher aufzustellen und die wichtigen liberalen Werte in der Landespolitik zu vertreten.

Unsere Justiz

Die Herausforderungen an die Justiz wachsen unentwegt. Unsere **Unterstützung** gilt der gesamten **Justiz als Schutzschild von Rechtsstaat und Demokratie**, wir setzen uns für eine personelle und finanzielle Stärkung unseres Justizapparates ein. In Zeiten von Massenverfahren wie bspw. den Dieselklagen **unterstützen wir den Einsatz von Künstlicher Intelligenz**. Damit können etwa Sachverhalte aus umfangreichen Verfahren inhaltlich aufbereitet und übersichtlich dargestellt werden. Das entlastet unsere Richterschaft und die Verwaltungsebene immens. Dabei steht für uns allerdings fest, dass der Einsatz von Technik insbesondere **ethische Grenzen** nicht überschreiten darf. Die letztendliche Entscheidung muss immer von einem Menschen getroffen werden.

Weiterhin stehen wir nachdrücklich für den Schutz der Unabhängigkeit unserer Justiz ein.

Extremismus bekämpfen

Für uns steht fest, dass **Extremismus** jeglicher Couleur in unserer Gesellschaft keinen Platz haben darf! Der seit den Angriffen der Hamas auf Israel seit Oktober 2023 bei uns verstärkt offen gezeigte Antisemitismus, Angriffe auf jüdische Geschäfte und Judenhass müssen mit aller **Härte des Rechtsstaats, gegebenenfalls mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen, geahndet** werden.

Der Verfassungsschutz leistet hier wertvolle, auch präventive Arbeit. Die Wahrung rechtsstaatlicher Garantien auch im Landesamt für Verfassungsschutz verfolgen wir im Parlamentarischen Kontrollgremium.

Strafvollzug

Im Strafvollzug wird von unseren Beschäftigten ein wertvoller Beitrag zur Resozialisierung geleistet. Die von Rechts wegen bestehende Pflicht zur Ausführung von Gefangenen, auch um sie langfristig auf eine Entlassung vorzubereiten, stellen wir nicht infrage. Mit der **Flucht eines verurteilten Doppelmörders aus der JVA Bruchsal** anlässlich einer Ausführung haben sich jedoch inakzeptable Sicherheitslücken offenbart. Wir setzen uns für die notwendigen Reformen und einen **besseren Schutz der Gesellschaft** ein.

INITIATIVEN

- » KI in der Justiz [Drucksache 17/5658](#)
- » Einwanderung in die Sozialsysteme verhindern – Bundesratsinitiative jetzt [Drucksache 17/5492](#)
- » Extremismus im Sport [Drucksache 17/5542](#)
- » Dunkelziffern bei Hassdelikten gegen Amtsträger [Drucksache 17/4430](#)
- » Begleitete Ausführungen im Strafvollzug – Rahmenbedingungen und Risiken [Drucksache 17/5897](#)

ANSPRECHPARTNER



Nico Weinmann Mdl

Sprecher Rechtspolitik und Medien

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9380



Julia Goll Mdl

Sprecherin für Strafvollzug

julia.goll@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9320



Hans Dieter Scheerer Mdl

Sprecher für Migration

hansdieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9280



Sven Jacobs

Parlamentarischer Berater

sven.jacobs@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9036

Migration in Zeiten zahlreicher Krisen

Der fortdauernde Angriffskrieg Russlands auf ukrainisches Territorium, die terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel sowie Israels Vergeltungsangriffe im Gaza-Streifen sind weitere Katalysatoren in der ohnehin angespannten Migrationslage. Trotz ihres vorbildlichen Engagements bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der immensen Zahl an Geflüchteten sind unsere Landkreise und Kommunen mit dem derzeitigen Zustrom organisatorisch wie finanziell überlastet.

Es bedarf einer geordneten wie strikten, die irreguläre Zuwanderung begrenzenden, Migrationspolitik und insbesondere des effektiven Schutzes der europäischen und nationalen Außengrenzen, um der Lage wieder Herr werden zu können.

Eine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme muss dringend verhindert – eine Einwanderung in den Arbeitsmarkt gefördert werden.

Wer von seiner eigenen Hände Arbeit leben kann, dem wollen wir auch bei seiner Einbürgerung helfen; wer jedoch gegen unsere Gesellschaft arbeitet, der muss unser Land ohne Wenn und Aber wieder verlassen.

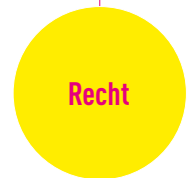
Liberaler Akzente im Parlament

Daher haben wir eine Vielzahl an wirksamen Maßnahmen erarbeitet und die Landesregierung zuletzt im Rahmen einer aktuellen Plenardebatte im Herbst 2023 unter anderem dazu aufgefordert,

- » die **Liste der sicheren Herkunftsstaaten auszuweiten**,
- » den **Rechtskreiswechsel** für ukrainische Geflüchtete und damit deren Eingliederung in das Bürgergeldsystem mittels Stichtagsregelung **rückgängig** zu machen,
- » künftig Geflüchteten **Sachleistungen anstelle von Geldleistungen** zu gewähren,
- » den **Abfluss von Sozialleistungen ins Ausland zu verhindern** sowie
- » Straftäter und jene ohne Bleibeperspektive **konsequent abzuschieben**.

Die Landesregierung hat unseren Antrag erwartungsgemäß und zur Wahrung des Koalitionsfriedens abgelehnt. Kurz darauf wurden viele unserer Forderungen jedoch von der Ministerpräsidentenkonferenz genau so beschlossen. Gemeinsam mit dem Vorstoß der FDP-Bundesminister zur Kürzung der Sozialleistungen für Asylbewerber, was den Haushalt und damit den Steuerzahler um etwa 1 Mrd. entlasten wird, haben wir entscheidend dazu beigetragen, **Fluchtanreize zu verringern** und endlich den Weg zu einer restriktiveren Migrationspolitik einzuschlagen.

ARBEITSKREIS



ANSPRECHPARTNER

Nico Weinmann MdL

Julia Goll MdL

Hans Dieter Scheerer MdL